

Rechte müssen erkämpft werden

Der 8. März ist Internationaler Frauentag. Frauen in aller Welt kämpfen für ihre Rechte, gegen Unterdrückung und Misshandlung. Sie alle sind angewiesen auf unsere Solidarität.

Vor 103 Jahren gingen die Frauen für Mitbestimmung und gleichen Lohn auf die Strasse. Jedes Jahr wiederholten sie diese Proteste, das war die Geburtsstunde des internationalen Frauentages. Den Nationalsozialisten passten diese aufmüppigen Frauen nicht. Der Frauentag wurde zum Muttertag umfunktioniert. Mütter erhielten in der Folge Blumen statt Rechte als Dank für ihre Opferbereitschaft. Seit den 60iger Jahren erfuhr der Frauentag eine Wiederbelebung. Auch in der Schweiz steht noch nicht alles zum Besten. Die Forderung nach gleichem Lohn ist noch nicht erfüllt. 1600 Franken betrug laut einer Zürcher Studie von 2011 der Lohnunterschied von Mann zu Frau. Ein Drittel dieses Unterschiedes ist nicht erklärbar und somit nur auf das Geschlecht zurückzuführen. Es sind vor allem auch Frauen, die von „Working Poor“ betroffen sind. Trotz Vollzeitarbeit bleibt ihnen nicht genug zum Leben, darum braucht es existenzsichernde Mindestlöhne.

Bundeshaus unter Abstimmungsschock

Die Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative dominiert die Diskussionen unter der Bundeskuppel. Sorgen um die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft der Schweiz prägten die über dreistündige Debatte am Dienstag. Erste Hiobsbotschaften haben uns bereits erreicht. Das Austauschprogramm Erasmus+ für Studierende ist ausgesetzt worden, der Zugang zum Forschungsprogramm Horizon 2020 wird verwehrt. Die begehrten Plätze für einen Teil der Ausbildung im Ausland werden jetzt von „richtigen“ Europäerinnen und Europäern besetzt. Die um sich greifende Unsicherheit ist auch Gift für die Wirtschaft. Während der Bundesrat mit viel Diplomatie nach Lösungen ringt, nimmt die Politik wieder ihren Lauf.

Scheinwettbewerb der Krankenkassen

Das immer teurer werdende Gesundheitssystem beschäftigt in dieser Session den Nationalrat. Die Initiative für eine öffentliche Krankenkasse will Schluss machen mit diesem teuren Scheinwettbewerb. Nur mit der Vermeidung von Krankheiten können wir Kosten sparen. Während die Suva 3% ihres Prämienvolumens in die Unfallverhütung investiert, gehen bei den Krankenkassen gerade mal 20 Rappen pro Monat und Prämienzahler in die Prävention. Fortschritte im Gesundheitswesen werden wohl nur über Volksentscheide möglich sein, zu viele Lobbyisten der Krankenkassen sitzen im eidgenössischen Parlament.

Kampf der Hochpreisinsel Schweiz

Nicht nur Konsumentinnen und Konsumenten, auch KMU und die Spitäler zahlen für viele Importprodukte überhöhte Preise. Der Grund: Konzerne setzen schon im Ankauf höhere Preise durch. Der „Preiszuschlag Schweiz“ für Importprodukte ist nicht mit unserem höheren Preis- und Lohnniveau zu rechtfertigen. Ein griffiges Kartellgesetz würde das Problem Einkaufstourismus entschärfen. Gerade

Schaffhauser Unternehmer würden davon profitieren. Der Nationalrat ist auf das Gesetz nicht eingetreten und verhindert damit diese wichtige Revision.

Waffenindustrie hat eine gute Lobby

Kriegsmaterial soll nun auch in Gebiete exportiert werden dürfen, die Menschenrechtsverletzungen begehen. Geschäfte mit Saudiarabien stehen an! Vor wenigen Tagen wurde bekannt, dass in der Ukraine mit Schweizer Waffen auf Aufständische geschossen wurde. Die Abstimmung im Nationalrat war knapp. Die Partei, die das Wort „Christlich“ im Namen trägt, hat dem Artikel zum Durchbruch verholfen. Was muss geschehen, dass Ethik vor Profit steht?

8.3.2014, Martina Munz